

Einspeisemanagement 3.0



Aktueller Rechtsrahmen, Leitfadenänderungen und Anpassungsbedarf in Direktvermarktungs- verträgen

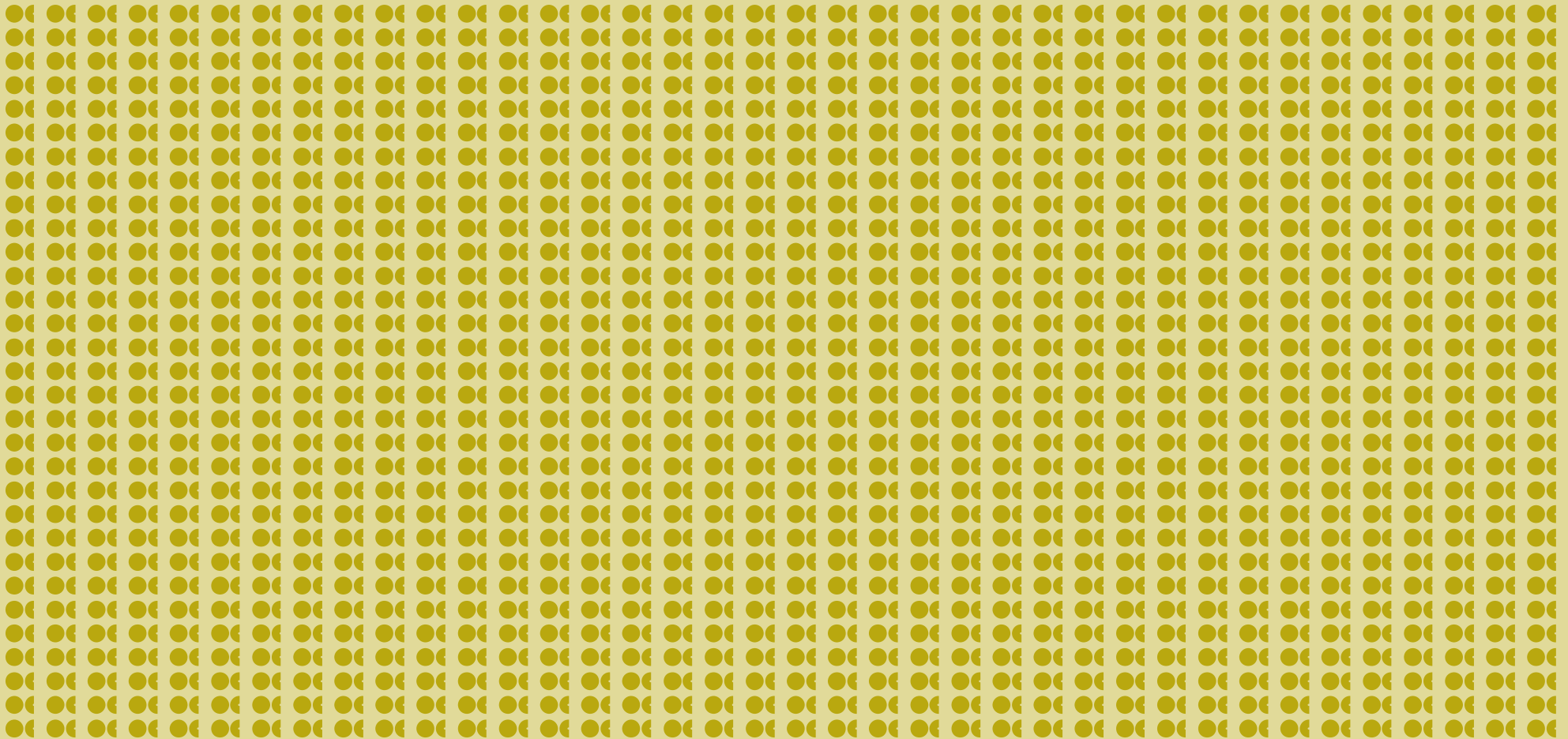


Dr. Daniel Breuer
26. Windenergietage
8. November 2017

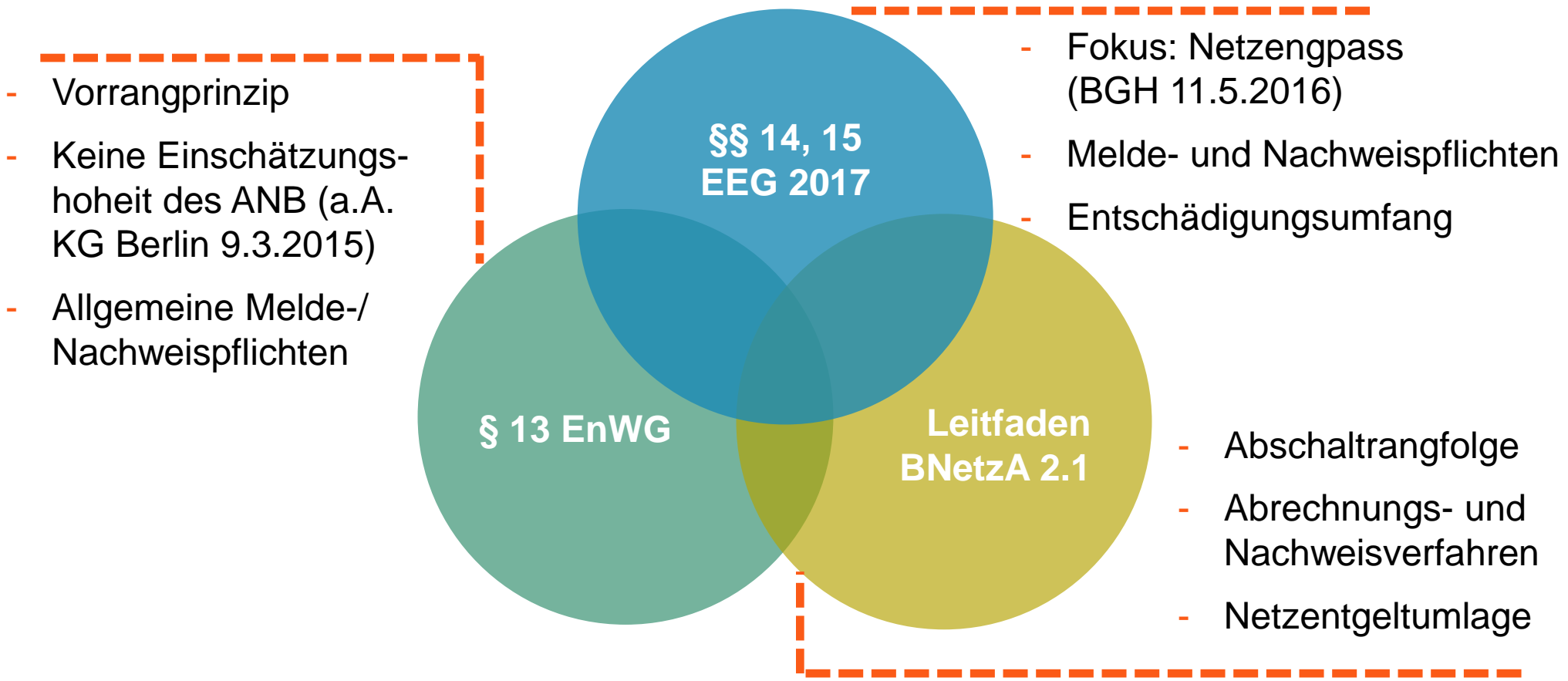
Vortragsinhalte

1. Aktueller Rechtsrahmen Einspeisemanagement nach EEG
2. Ausgewählte Fallstricke in der Praxis
3. Entwurf Leitfaden zum Einspeisemanagement Version 3.0
4. Reaktionen der Branche und Umsetzungszeitplan
5. Anpassungsbedarf in Direktvermarktungsverträgen
6. Über Osborne Clarke

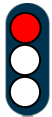
Aktueller Rechtsrahmen



Aktueller Rechtsrahmen für Einspeisemanagement

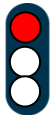


Ausgewählte Anwendungshürden in der Praxis (1)



Einordnung der **Entschädigungspflicht** gemäß **EnWG** vs. **EEG** vs. **BGB**

- Unklarheiten etwa bei betriebsnotwendigen Arbeiten, Reparatur- und Instandsetzungsmaßnahmen oder Auslösung von Notschaltungen
- Ursachenunabhängige Entschädigung bei (drohendem) Netzengpass; im Übrigen Einhaltung von Rücksichtnahme- und Schadensminderungspflichten



Einhaltung und Dokumentation der **Abschaltreihenfolge** der Netzbetreiber

- Sicherstellung größtmöglicher Abnahme von EE- und KWK-Strom
- Anzeigepflicht bei netztechnisch erforderlichem Minimum konventioneller Last



Mitteilungs- und Nachweispflichten der Netzbetreiber (§ 14 Abs. 2, 3 EEG)

- ...zur Ankündigung vorhersehbarer Maßnahmen
- ...über Netzengpassbefund, Abschaltreihenfolge und Erforderlichkeit

Ausgewählte Anwendungshürden in der Praxis (2)



Abrechnung tatsächlich festgestellter Maßnahmen zwischen AB und NB

- Pauschal- und Spitzabrechnungsverfahren etabliert
- Teilweise erhebliche Verzögerungen in Netzgebieten mit hoher Abregelung



Berücksichtigung von **Ausgleichsenergiekosten der Direktvermarkter**

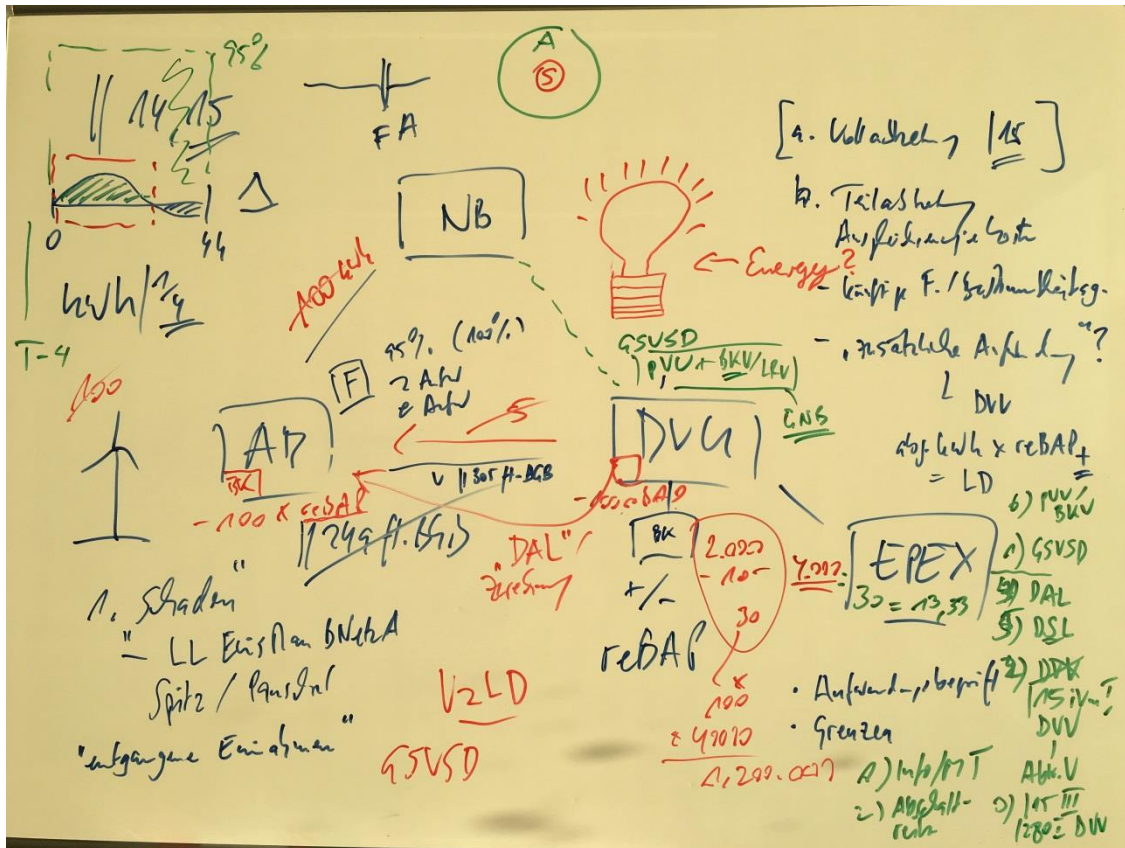
- Erhebliche Unklarheit über Anspruchssituation
- Hohe Anwendungshürden bei der Geltendmachung



(Markt-)Kommunikation und -prozesse zwischen NB, AB und DVU

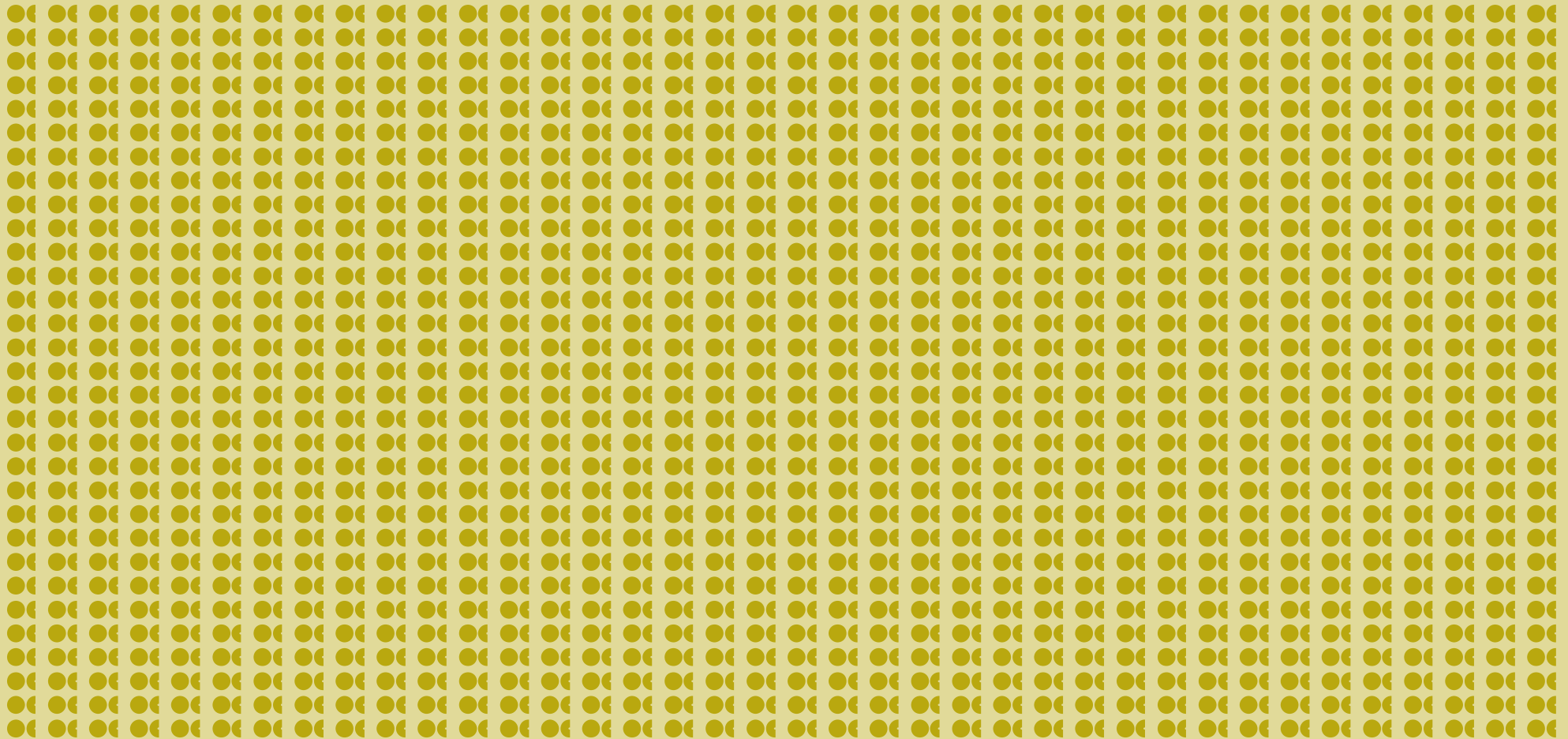
- Keine unmittelbare Kommunikation zwischen NB und DVU
- Eingeschränkte Kommunikation zwischen NB und AB

Eindeutige Rechtslage?



Ansprüche des Direktvermarkters sind zwar her- bzw. ableitbar. Eine eindeutige Regelung ist dennoch zu begrüßen.

Geplante Änderungen durch den Leitfaden 3.0



Rechtsnatur und Bindungswirkung

- **Rechtsnatur** weiterhin ungeklärt
 - Einschätzung der Bundesnetzagentur zu wesentlichen Praxisfragen auf Basis des geltenden Rechts
 - Keine (förmliche) Festlegung oder Verwaltungsvorschrift
 - **Unverbindlicher Charakter** ohne normkonkretisierende Wirkung und Auswirkung auf Ermessensentscheidungen der Bundesnetzagentur, jedoch mit **hoher faktischer Relevanz für die Branche!**
 - **Weitgehender Eingriff in Anlagenbetreiberentschädigung ohne ausdrückliche Ermächtigungsgrundlage fragwürdig**
- Sinn und Zweck
 - Vorbeugung von Rechtsunsicherheiten
 - Förderung der einheitlichen EEG-Rechtsanwendung
 - Orientierungshilfe für die Branche



Gegenstand des 55-seitigen Leitfadentwurfs

1. Rangfolge der Systemsicherheitsmaßnahmen (insb. Abschalttrangfolge)

- bislang keine Änderung vorgesehen, jedoch vorbehalten

2. Ermittlung der Entschädigungszahlung

- Konkretisierung bei Abrechnung über gemeinsame Messeinrichtung
- Energieträgerspezifische Ermittlung der Ausfallarbeit
- Energieträgerspezifische Ermittlung der Entschädigungshöhe



- Wesentliche Änderungen für **EE-Anlagen in der Direktvermarktung**

3. Berücksichtigung der Entschädigungszahlungen in den Netzentgelten

- Umfassende Nachweispflichten gegenüber Bundesnetzagentur
 - keine wesentlichen Änderungen gegenüber Leitfaden 2.1
-

Abschnitt 2.4.2 EE-Anlagen in der Direktvermarktung

- Beschränkung der entgangenen Einnahme auf **Marktprämie**, da Mengen unabhängig von EinsMan-Maßnahme vermarktet werden können
- Bewertung von **zusätzlichen oder ersparten Aufwendungen** wegen Bilanzkreisabweichungen abhängig von **bilanziellem Ausgleich** oder Einnahmen bzw. Ausgaben für **Ausgleichsenergiekosten (reBAP)**
 - Gezielter Bilanzausgleich durch **Netzbetreiber**
 - Verknüpfung mit Redispatch-Maßnahmen
 - (P) Keine Pflicht der Netzbetreiber
 - Bilanzausgleich durch Anlagenbetreiber oder **Direktvermarkter**
 - ...innerhalb von vier 1/4h nach Mitteilung einer EinsMan-Maßnahme
 - Pflicht zur möglichst kostengünstigen Ersatzbeschaffung

Kalkulation der Entschädigungshöhe

- Die Höhe der Entschädigungszahlung wird für jede betroffene **Viertelstunde** bestimmt (EZ_i), bevor anschließend die Viertelstundenwerte für die EinsMan-Maßnahme aufaddiert und die Entschädigung nach folgender Formel ermittelt wird:

$$EZ_i = 0,95 * MP_i * W_{A,i} / 100 + AW_{BK,i}$$

EZ_i Entschädigung in der Viertelstunde i in €

MP_i **Marktprämie** in der Viertelstunde i in ct/kWh

$W_{A,i}$ **Ausfallarbeit** in der Viertelstunde i in kWh

$AW_{BK,i}$ Zusätzliche ($AW_{BK,i}$ ist positiv) oder ersparte ($AW_{BK,i}$ ist negativ) Aufwendungen wegen **Bilanzkreisabweichung** in der Viertelstunde i in €

- Die Höhe der $AW_{BK,i}$ hängt maßgeblich von dem **Bilanzausgleich** durch den Netzbetreiber (insoweit $AW_{BK,i} = 0$) oder den Anlagenbetreiber / Direktvermarkter ab bzw. durch die **Kosten oder Einnahmen aus positivem / negativem reBAP**
- Entsprechende Marktprozesse und -kommunikation sind noch zu etablieren



Vereinfachte Bestimmung anererkennungsfähiger Preis

Die **zusätzlichen Aufwendungen** aufgrund **Bilanzkreisabweichung** errechnen sich bei einem Bilanzausgleich durch den AB oder DVU durch Multiplikation der Ausfallarbeit je **Viertelstunde** ($W_{A,i}$) mit dem **anererkennungsfähigen Preis** (P_i) für die Ersatzbeschaffung (standardmäßig basierend auf **Intraday-Marktpreisen**; alternative Beschaffungsmethoden sind möglich).



Einnahmen aufgrund negativer Preise werden als ersparte Aufwendungen saldiert!

Geltend gemachter Preis

bis 70 % des ID3-Preises

bis 100 % des ID3-Preises

bis ID-Höchstpreis

Nachweisobliegenheit

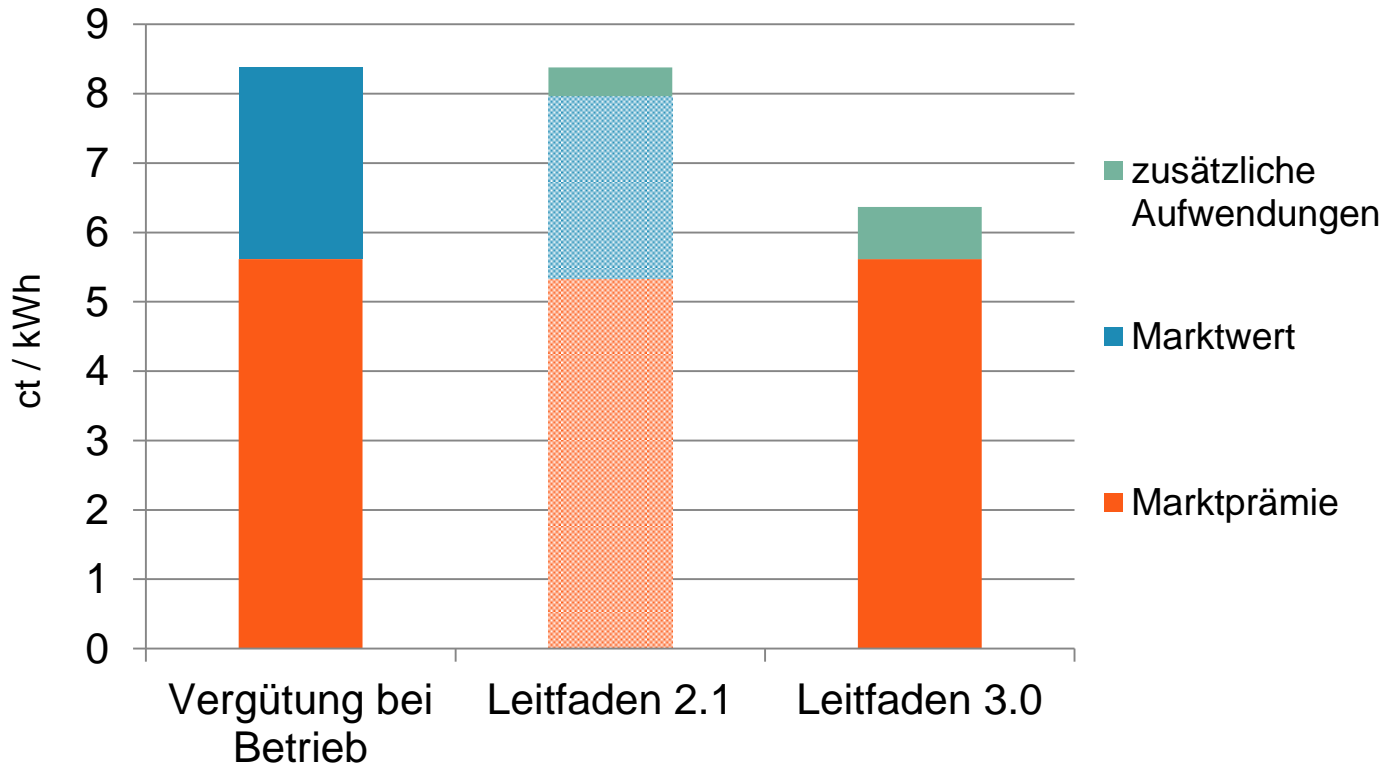
Keine weiteren Nachweise erforderlich; der deutlich unterdurchschnittliche Preis genügt als Darlegung

Nachweis des konkreten Geschäfts zwecks Missbrauchskontrolle

Nachweis des konkreten Geschäfts;
Nachweis, dass nicht zu günstigerem Preis gekauft werden konnte

Auswirkungen auf die Entschädigungshöhe (1)

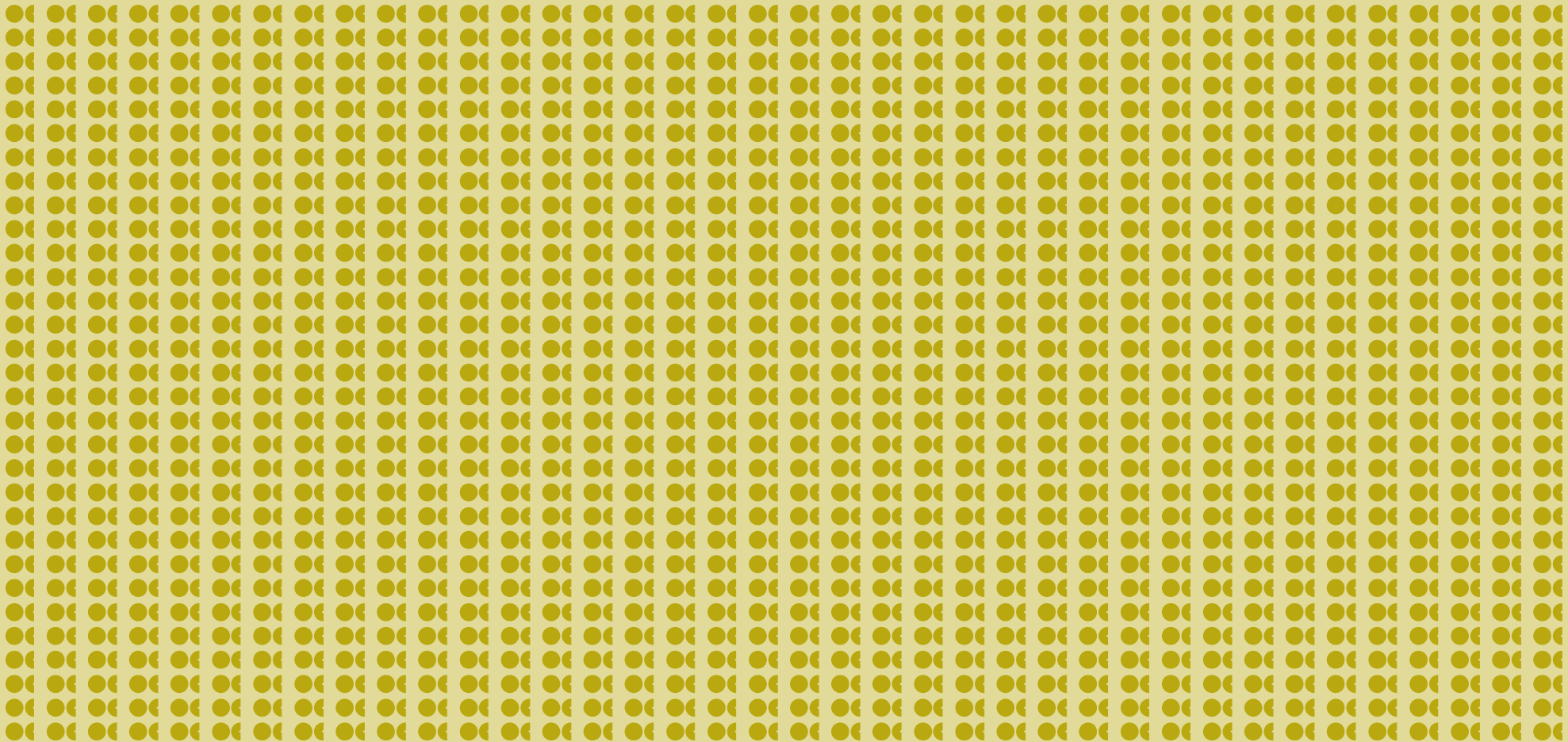
Keine Erstattung des Marktwerts



Wesentliche Änderungen:

- Berücksichtigung positiver Ausgleichsenergiekosten des DVU/BKV zu Lasten des AB
- Aufwendungsersatz abhängig von Bilanzausgleich (ohne Pflicht des NB)
- Marktkommunikation und -prozesse für Bilanzausgleich in der Praxis nicht vorhanden und noch zu etablieren

Erste Reaktionen der Branche und weitere Abstimmung



Konsultation: 19 Stellungnahmen



3 / 19

- **Vereinfachung Innenverhältnis**
Anlagenbetreiber und Direktvermarkter
- **Vereinfachte** Abwicklung
- Vermeidung weitreichender **Prüfungen**

16 / 19

- **Widerspruch** zum § 15 Abs. 1 EEG
- Verkaufserlöse sind **nicht unabhängig** von eingespeister Arbeit
- Zentrale **Rolle des Direktvermarkters** wird nicht ausreichend berücksichtigt
- Möglicher **Verlust des Marktwerts**, sofern keine day-ahead Vermarktung
- Keine unverhältnismäßige Doppelbelastung des Netzbetreibers, weil die **Bilanzkreisbewirtschaftung nicht mehr in Rechnung** gestellt werden muss

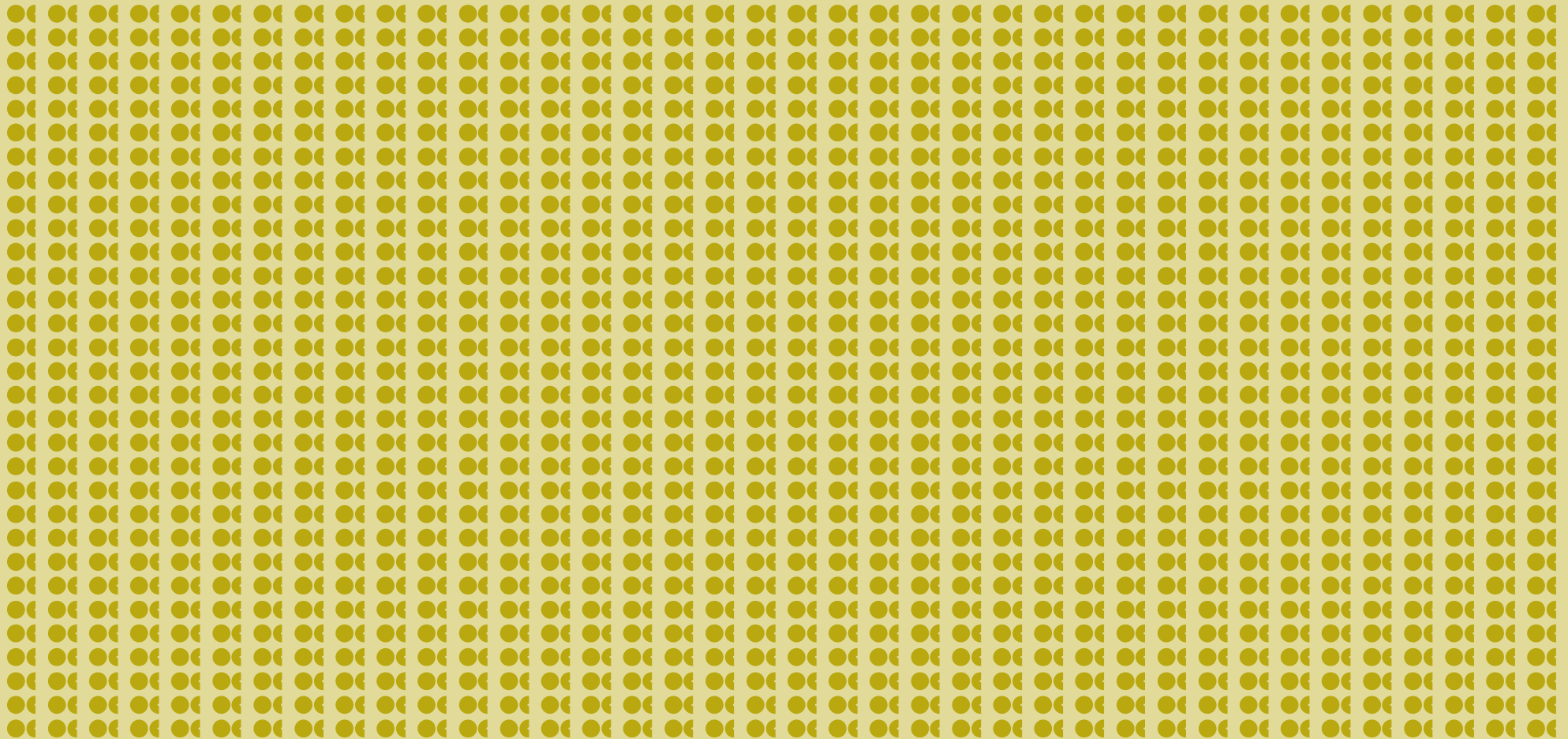
Wesentliche Forderungen

- **Bilanzieller Ausgleich durch Netzbetreiber** volkswirtschaftlich sinnvoller, allerdings aktuell noch keine ausdrückliche gesetzliche Grundlage
- Ziel: Stellung von Anlagenbetreiber und Direktvermarkter, als habe kein Einspeisemanagement stattgefunden
- Verbleibende "Schäden" der Direktvermarkter im Rahmen der entgangenen Einnahmen oder zusätzlichen Aufwendungen zu berücksichtigen
- Festlegung von eindeutigem **Geltungs- und Übergangszeitraum**

Konsultations-Workshop

- **30. November 2017** 11:00 bis 16:00 Uhr bei Bundesnetzagentur
 - Anmeldefrist über Bundesnetzagentur 17. November 2017
 - Agenda / Wesentliche Diskussionspunkte:
 - Definition von **Einspeisemanagement-Maßnahme**
 - Berücksichtigung von Verwaltungs-, Abrechnungs- und Strombezugskosten
 - **EinsMan-Entschädigung bei Direktvermarktung**
 - Überarbeitung des ersten Kapitels (Abschaltrangfolge)
 - Zeitplan / **Übergangsfristen** / **Inkrafttreten**
-

Anpassungsbedarf in Direktvermarktungsverträgen



Anpassungsbedarf in Direktvermarktungsverträgen

- Leitfaden 3.0 begründet **Paradigmenwechsel** bei der Abrechnung zwischen Direktvermarktung und Anlagenbetreiber
- Anpassungsbedarf in **aktueller "Ausschreibung"** zum 1. Januar 2018?
 - Spezifische Anpassungsklausel bei Leitfadenänderung
 - Allgemeine Regelung häufig nicht ausreichend, da nur Änderung von Gesetzen oder "sonstigen rechtlichen Rahmenbedingungen"
- **Künftige Vereinbarungen** im Innenverhältnis zwischen Anlagenbetreiber und Direktvermarkter je nach Ausgestaltung des Leitfadens
 - Ggf. Anpassung der "Abtretungskonstellation"
 - Wirtschaftliche Zuordnung des Ausgleichsenergiekostenrisikos und ggf. Neubewertung von Risikoprämien
 - Ggf. nähere Ausgestaltung der Kommunikation

Guten Appetit und gute Gespräche!



Dr. Daniel Breuer
Rechtsanwalt/Counsel

T +49 221 5108 4138

F +49 221 5108 4139

daniel.breuer@osborneclarke.com

Osborne Clarke Deutschland



Standorte

- Berlin, Hamburg, Köln, München

Mitarbeiter

- 263 Mitarbeiter insgesamt
- davon 142 Rechtsanwälte und Steuerberater
- davon 48 Partner

Praxisgruppen

- Capital Markets / Banking
- Commercial / Competition
- Corporate
- Employment
- IP
- IT
- Property
- Tax

Branchenfokus

- Digital Business
- Energy & Utilities
- Financial Services
- Life Sciences & Healthcare
- Real Estate & Infrastructure
- Retail
- Transport & Automotive

Laufende Rechtsberatung im Sektor Energy & Utilities

Wir unterstützen Sie in allen relevanten Rechtsbereichen:

Energierecht	Gesellschaftsrecht und Finanzierung	Öffentliches Recht	Prozessführung	Kartellrecht	Handel und Vertrieb	IT-Recht
<ul style="list-style-type: none"> • Regulierung • Netzanschluss und -nutzung • Direktvermarktung • Regulenergie-märkte, VK • Projektverträge, O&M, EPC • Repowering, Weiterbetrieb • Eigen- und Direktverbrauch • KAGB-/ZAG-Strukturierung 	<ul style="list-style-type: none"> • Mergers & Acquisitions • Joint Ventures, Kooperationen • Restrukturierung • Kapitalanlage-recht und Fonds • Finanzaufsichts-recht • Crowdfunding • Projektfinanzierung • Gesellschafts-gründungen; allg. Gesellschaftsrecht 	<ul style="list-style-type: none"> • Umwelt- und Planungsrecht • Baurecht • Immissions-schutzrecht • Genehmigungs-verfahren • Widerspruchs-verfahren • Klageverfahren 	<ul style="list-style-type: none"> • Komplexe Zivilprozesse • Schiedsverfahren/ Investitionsschieds-gerichtsbarkeit • Alternative Dispute Resolution • Insolvenzverfahren • Gewährleistungs- und Garantie-anprüche • Besondere Miss-brauchsverfahren • Clearingstelle EEG 	<ul style="list-style-type: none"> • Fusionskontrolle • Compliance-Beratung • Vertriebskartell-recht • Begleitung bei Ausschreibungs-verfahren • Konzessions-verfahren • Rekommunali-sierung • Zugang zu Herstellerdaten 	<ul style="list-style-type: none"> • Brennstoff- und Energiebezugs- und -lieferverträge • Energie- und Zertifikatehandel • Preisanpassungs-verhandlungen und -verfahren • Handels- und Kooperations-verträge • Vertriebssysteme • Absatz- und Vertrieboptimierung 	<ul style="list-style-type: none"> • IT-Sicherheit / KRITIS • IT-Outsourcing • Datenschutz • Lizenzverträge • Forschungs- & Entwicklungs-verträge • IT-Projektverträge • Digitalisierung • Smart Home, Smart Grids